



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die letzte Bayrische Landtagssession.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die letzte Bayerische Landtagsession.

Endlich, am 22. Juli, hat Prinz Leopold von Bayern in Stellvertretung des Königs den Landtag geschlossen und damit die unfruchtbarste, trostloseste und — man kann wohl sagen scandaloöseste aller Kammeressionen, die unser Land, seitdem es in Besitz seiner Verfassung ist, durchgemacht hat. Fünf volle Monate saß man beisammen — und mit Mühe ist nun das Budget fertig gestellt worden. Kein einziges Gesetz von irgend einer Bedeutung war durchzubringen, keine organisatorische Maßregel von nur irgend welcher Tragweite hatte Aussicht auf Erfolg. Und war man in den Sitzungen fast Tag für Tag, bis in die höchste Sommermittagsstunde hinein, wurden Körper und Geist abgemattet — pro nihilo, oder doch für etwas: den Ultramontanen Gelegenheit für das frivolste Sptel zu geben, das jemals in einer parlamentarischen Versammlung abgespielt worden ist. Wir haben schon im letzten Briefe darauf hingewiesen, wie die „Zweistimmen-Majorität“ von Anfang der Session an darauf bedacht war, sich zu stärken und die Minderheit zu schwächen, indem es doch möglich gewesen wäre, daß das klerikale Stimm-material nicht vollständig einmal hätte aufmarschiren, daß ein Schnupfen, eine Migräne oder ein anderer, auch bei sonst handfesten, altbayerischen Patrioten nicht unabweisbarer Zufall auch den schönsten Clubbeschuß hätte über den Haufen werfen können. So kam man auf das Radicalmittel, die Gegner, wenn auch nicht mundtot, so doch wenigstens stimm-tot zu machen in den Wahlcassationen, die mit den Abgeordneten der Stadt München den Anfang machten, freilich nur, um die ganze Nutzlosigkeit dieses Verfahrens sofort erwiesen zu sehen. Jeder andern politischen Partei wäre wohl bei der eclatanten Niederlage, welche die Ultramontanen durch die Wiederwahl der Münchener erfuhren, die Besinnung gekommen, wie das Zaudern auf diesem Wege fortzufahren. Nicht so aber den Sturm- und Hexkaplänen der bayerischen Kammer mit der blind ihnen folgenden, compact geschlossenen Majorität. Das „Ensemble gefällt mir nicht“, hatte Herr Jörg offen herausgesagt, und darum fortcastirt, wo man irgendwie Grund zum Cassiren zu haben glaubte. Und diese Gründe? Fadenscheinigere, frivolere, rechtsverdreherischere sind wohl noch niemals in einer Versammlung, in einem Parlamente beigebracht worden, das als „oberster Gerichtshof“ saß und die gerechten Schöffen dieses Tribunals waren bayerische Richter in den höchsten Stellungen. Sie hatten allen Sinn für das einfachste Rechtsgefühl verloren; die Herren v. Langlois und Bopp — das waren diese viri insignes — urtheilten heut so, morgen anders, je nachdem das Wahleresultat der liberalen oder ultramontanen Partei günstig gewesen war. Man brauchte den Nachweis mit Zahlen, Wahlkreiseintheilungen,

den dadurch verletzt sein sollenden Gesetzesparagraphen gar nicht mehr: man erfand nur, wunderbare Schlagworte wie „objective Tendenziosität“, und wo man diese zu wittern glaubte, da ward Clubbeschluss über die Wahlvernichtung gefasst — und der liberale Abgeordnete betrat als Todescandidat den Saal. Eine jener genannten juristischen Größen bestieg die Tribüne, vielleicht half ihm auch noch einer der casuistisch geschulten geistlichen Herren, man fing das alte Lied von der prinzipiellen Unterdrückung des katholischen Volkes durch die „Wahlkreisgeometrie“ wieder an, schloß es mit jenem Vers von der „objectiven Tendenz“ und ließ nun ruhig vom Ministerische, wie von den Koryphäen der Linken, Stauffenberg, Fischer, Bölk u. A. sich den nachgewiesenen Vorwurf der Lüge u. s. w. machen, sich die bittersten Wahrheiten ins Gesicht sagen — die „über den Zinnen der Partei stehenden“ Ehrenvesten socht das nicht an, man schnitt par force majeure den Liberalen Rednern einfach das Wort ab, stimmte die Linke nieder und warf so — das war das Factit — nacheinander die Abgeordneten des Wahlkreises Zweibrücken, Schweinfurt, Würzburg, Salzbach, Regensburg, in Summa 10 an der Zahl, sämftiglich zur Thüre hinaus.

Es war eben von Anfang bis zu Ende in dieser Session, vom October vorigen bis zum Juli dieses Jahres der Krieg der Kleinlichkeit, der Nörgelei und der Nadelstiche, den die Majorität gegen das Ministerium führte. Von Haß gegen dieses erfüllt, und doch kein Sichaufraffen zu einer entscheidenden That! Bei jeder Budgetspalte die Erklärung, einschneidende Abstriche machen zu wollen, und schließlich brachte jeder Ressortminister sein Schäfchen lächelnd ins Trockene. Nur der Cultusminister, Herr v. Luß, der in den Augen der Alerikalnen Verfehmteste seiner Collegen, mußte den Rothstift des in seiner Mehrheit natürlich auch ultramontanen Finanzausschusses empfindlich fühlen. Aber es war nicht nur seine Person, die man damit treffen wollte, sondern der Feldzug, den die deutsche und internationale Centrumspartei überall gegen Wissenschaft und Bildung unternimmt, mußte auch in der bairischen Kammer seine Etappe haben: darum lehnte man mit Clubbeschluss und demnach mit unverbrochener Einmüthigkeit alle Regierungspostulate für die nothwendigsten Universitätsattribute, den erst vor zwei Jahren ins Leben gerufenen obersten Schulrath, die analog den andern deutschen Gymnasien gebildete fünfte Lateinschulklasse ab — und verweigerte vor allem die Aufbesserungszuschüsse an die Volksschullehrer, trotzdem, daß die finanziellen Mittel für all das reichlich vorhanden waren und das Budget mit keinem Defizit abgeschlossen haben würde. Die Versuche der ersten Kammer, die in der zweiten gefallenen Summen durch das Votum des Reichsraths wieder zu gewinnen, schlugen fehl, denn wenn auch die „hohen“ Herrn, wie so manchmal schon seit dem ultramontanen Regiment der zweiten Kammer, sich liberaler als diese zeigten, so

vermochten sie doch nicht, letztere zu einer Aenderung ihres Beschlusses zu bringen, und so blieb nur übrig, daß der König im Landtagsabschiede sein „Bedauern“ über mehreres „nicht zu Stande Gekommene“ aussprach und mit einem gelinden Tadel „des Widerstreits der Meinungen, der selbst auf die Form einiger Reden nicht ohne Einfluß geblieben“, seinen „Lieben und Getreuen“ Lebewohl sagte. Und das war richtig: formloser, alles Maß des parlamentarisch Erlaubten überschreitend ist auch selten in einer Kammer geredet worden, als es die Heißsporne der klerikalen Partei, namentlich etliche, deren Rednerbühne sonst eine heilige Stätte, die Kanzel, ist, gethan haben. Schuldig geblieben ist ihnen die liberale Rednerschaft nie etwas, an kräftigen Tieben und Schlägen hat's ihr niemals gefehlt, einzelne derselben haben oft ihr patriotisches Gegenüber unbarmherzig zerzaust und zugerichtet, wie — wie ein geflügeltes Wort ging, vom „geschundenen Raubritter“ — aber der Ton der Bauernvereine und der kaplanokratischen Hezpresse ist auf der linken Seite des Hauses niemals angeschlagen worden.

Einer besonders wichtigen Verhandlung sei nach Erwähnung gethan: der über das Wahlgesetz. Schon im letzten Landtag hatte die Regierung den Entwurf eines solchen auf directe Wahl mit gesetzlich festgestellter Wahlkreiseintheilung eingebracht; an den abnormen Verhältnissen der Kammerzusammensetzung, an der Unmöglichkeit bei allem Einverständnis über das Bedürfnis eines neuen Wahlgesetzes und den Modus der directen Stimmabgabe sich über jene Wahlkreise zu einigen, war jener nach langen, nutzlosen, aber mühevollen Ausschußverhandlungen gescheitert. Die Regierung hatte darum die Lust verloren, zu einer neuen Sisyphus-Arbeit die Initiative zu ergreifen und auf eine schon im Oktober v. J. gestellte Interpellation Jörg's eine solche verweigert. Da kam der Politiker von der Trautnitz mit einem Initiativantrag seitens der Kammer und lege derselben den im vorigen Jahre aufgehobenen Entwurf als den eines neuen Gesetzes vor. Wieder trat der Ausschuß ad hoc zusammen, platzten in ihm die Geister auf einander, wollte keine Partei der andern einen Fußbreit in irgend einem Wahlkreise nachgeben, und wieder war das Endresultat dasselbe: Ablehnung des Gesetzesentwurfes durch die liberale Minorität der Commission. Das einzig Neue war nur, daß diesmal auch das Plenum in die Berathung des Gesetzes eintrat, da aber für dasselbe als Verfassungsgesetz ein Drittel der Majorität der Stimmen nöthig war, so entschied sich auch dort rasch sein Schicksal. Die gesammte Linke stimmte gegen das Gesetz, nicht aus prinzipieller Abneigung gegen das directe Wahlrecht — denn in dem Punkte war sie mit den Gegnern einverstanden — sondern nur wegen der von Jörg vorgeschlagenen Wahlkreiseintheilung, die den Ultramontanen ein Uebergewicht verschafft haben würde, das ohne einen politischen Selbstmord zu begehen, ihnen durch Mitwirkung

der liberalen Partei nimmermehr zugestanden werden konnte. So bleibt es denn vorläufig beim alten Wahlgesetz, das doch eher noch Garantie giebt, — die ultramontane Mehrheit, wenn auch nicht ganz aufzuheben, so doch auf ein Minimum herabgedrückt sein zu lassen. Hätten die Klerikalen das ihnen unter allen Bedingungen so überaus günstige neue Wahlgesetz, wie es Jörg im Auge gehabt, durchgesetzt, so hätten sie wirklich etwas mit nach Hause gebracht. So aber ist dieses nicht der Fall; mit rein gar nichts, als einem mühsam und in vielen Dingen doch nicht nach Wunsch der Extremen zu Stande gebrachten Budget, können sie vor ihre Wähler hintreten. Diesen werden doch vielleicht die Augen etwas aufgehen und das pastorale Schlagwort, daß bloß die bösen Liberalen, diese Erzfeinde des Staats und der Kirche, an der Unfruchtbarkeit der bayrischen Volksvertretung Schuld seien, wird doch nicht mehr den vollen Glauben finden, wie bisher. Diese Liberalen aber wissen, daß sie ihre Pflicht gethan haben bis zum Ende, wenn auch unter Verhältnissen, die, wie wir das letztemal schon angedeutet, nie wohl einem Abgeordneten so zur physischen und moralischen Last gewesen sind. Damit aber auch das Land sein Urtheil über seine Vertreter abgeben könne, haben sie beim Verlassen der Hauptstadt eine Erklärung an ihre Wähler veröffentlicht, die auch hier anzufügen wohl erlaubt sein wird, da sie unsern Bericht vervollständigt und abschließt. Sie lautet:

Als die liberalen Volksvertreter Bayerns vor mehr als Jahresfrist über die Resultate des damals zum Schluß neigenden Landtages gemeinsam einen kurzen Bericht erstatteten, war es möglich neben manchen wenig erfreulichen Thatsachen des innern Staatslebens von der in jenen Zeitraum fallenden, durch die geeinigte Kraft der Nation vollbrachten glorreichen Aufrichtung des deutschen Reiches und von dem Antheil, den Bayern daran genommen, mit Stolz und Dankbarkeit zu reden. Ein Rückblick auf die Landtagssession, welche heute schließt, bietet solche Lichtpunkte nicht. Die kleine klerikale Mehrheit, welche die letzten Wahlen ergaben, hat nach Wiederaufnahme der Verhandlungen im Februar dieses Jahres fast nur das eine Ziel vor Augen gehabt, durch systematische Wahlkassationen nach bis dahin unerhörten und unter sich selber in Widerspruch stehenden Grundsätzen die Liberalen Bayerns um ihre Vertretung zu bringen; wenn auch die Antwort, welche die Wählerschaft der Landeshauptstadt auf dieses Unterfangen gegeben hat, uns die Bürgerschaft bietet, daß diese eigenthümliche Art der Kriegsführung gegen die liberale Sache im letzten Erfolg vergeblich sein wird.

Einem solchen Gebahren der Majorität gegenüber mußte jede Hoffnung auf das Zustandekommen irgend wichtiger Gesetze, mochten dieselben unter allgemein-politischen Gesichtspunkten oder nach volkswirtschaftlichen Bedürfnissen noch so dringend erscheinen, aufgegeben werden, und die innere Gesetzgebung ist deshalb nahezu völlig unfruchtbar geblieben. Auch bei der Feststellung des Staatshaushaltes für die laufende Finanzperiode begegnete das vereinigte Streben der Regierung, der Reichsrathskammer und der liberalen Hälfte der Abgeordnetenkammer, namentlich den gering besoldeten ständigen Beamten durch eine für Alle gleiche Gehaltsaufbesserung eine Abschlagszahlung auf langberechtigte Ansprüche zu gewähren, dem hartnäckigen Widerstand der Ultramontanen. Kein besseres Schicksal hatten unsere Bemühungen zu Gunsten der Volksschullehrer, und weitere Beschlüsse befundeten den klerikalen Widerwillen gegen Reformen im höheren Unterrichtswesen, welche nur darauf abzielen, die bayrischen Gymnasien auf die gleiche Stufe der Leistungsfähigkeit mit den übrigen Schulanstalten Deutschlands zu erheben.

Je unbefriedigender die augenblicklichen Zustände unseres engeren Heimathlandes sind, um so wichtiger ist es, daß die Entwicklung im deutschen Reiche, dem Bayern als einflußreiches vollberechtigtes Glied angehört, ihren ruhigen, allen Bevölkerungsstufen gleich gerecht werdenden Fortgang nimmt. Die Schlusssession des gegenwärtigen Reichstages wird ohne Zweifel in dem Zustandekommen der großen, die Gerichtsverfassung und das Verfahren einheitlich ordnenden Justizgesetze der Nation das nach der Gestaltung des Reiches selber werthvollste Angebinde bringen, und mit ihm die Vollendung des weiteren großen Werkes näher rücken, welches in der einheitlichen bürgerlichen Gesetzgebung für das ganze deutsche Reich besteht. Die unbestreitbaren, in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung kaum zu überschätzenden segensvollen Wirkungen einer solchen Reform hat Frankreich seit mehr als einem halben Jahrhundert empfunden; das Verständniß und der Fleiß des deutschen Volkes wird nicht minder die aus der Gesetzesicherheit und dem vereinfachten Rechtsgang entspringenden Vortheile zu einer neuen Quelle nationalen Wohlstandes zu machen wissen.

Mit dem Ablauf dieses Jahres geht auch das Mandat des gegenwärtigen Reichstages zu Ende, und wir stehen vor den Neuwahlen zur ersten parlamentarischen Körperschaft der deutschen Nation. Es bedarf unserer Aufforderung an die deutsch und freiheitlich gesinnten Bewohner Bayerns nicht, um sie anzuspornen, wie vor sechs und vor drei Jahren, auch dieses Mal fest und treu zusammenzuhalten und nur das eine Ziel vor Augen zu haben: auch aus Bayern eine würdige, dem engern Vaterlande und dem Reiche gleich ergebene Vertretung zu entsenden. Außer der großen geschlossenen Schaar der Ultramontanen, welche auch bei uns nur als ein Theil jener gewaltigen Glaubensarmee erscheinen, die mit aller und jeder Staatsautorität im Kampfe steht und in Rom ihren Mittelpunkt hat, sind bisher andere als liberale Volksvertreter aus Bayern im Reichstage nicht gesehen worden. Wir vertrauen fest darauf, daß die schon früher jämmerlich mißglückten Versuche, Unfrieden unter die nicht ultramontane Bevölkerung zu säen und durch die Spekulation auf vermeintliche Klasseninteressen die Kraft der wahren Reichsfreunde in Bayern zu brechen, auch dieses Mal erfolglos bleiben werden. Das bayerische Volk ist einsichtsvoll genug, um zu wissen, daß verschiedene unleugbar vorhandene Mißstände des wirtschaftlichen Lebens nicht, wie man glauben machen möchte, die Wirkungen der bisherigen Reichsgesetzgebung sind, sondern aus Ursachen entspringen, welche weit über die Grenzen Deutschlands reichen. Aber so wahr dieses ist, ebenso zuversichtlich darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß die neue Reichsvertretung nicht unterlassen wird, bestehende Schäden mit gesetzgeberischen Mitteln überall da zu bekämpfen, wo dies überhaupt möglich ist. Für uns in Bayern wird die Arbeit dafür in so ferne eine getheilte sein müssen, als das schon seit lange anerkannte Bedürfniß einer Steuerreform jetzt seiner Verwirklichung entgegengeführt werden soll. Mit den nicht zu leugnenden Schwierigkeiten einer gerechten Steuerausgleichung verstärkt sich die Anforderung an Jeden, zum Gelingen des großen Werkes das Seinige beizutragen.

Es ist hier nicht der Ort, in die Würdigung der einzelnen Klagen und Beschwerden einzutreten, welche in neuester Zeit als Wahlagitationsmittel gegen die gesammte liberale Partei in Deutschland verwendet werden. Es genügt der Hinweis darauf, daß alle großen, segensreichen Reformen, welche das deutsche Volk und in ihm namentlich auch Bayern von den Fesseln des Feudalismus und der Privilegienherrschaft frei gemacht haben, auf das Andringen und unter der Mitwirkung der Liberalen zu Stande gekommen sind.

Auf dieser Bahn gesunder Fortentwicklung weiter zu schreiten, erkannte Schäden offen zu bekennen und zu verbessern, aber jedem Lug und Trug, von woher er auch komme und unter welcher Maske er erscheine, mannhaft entgegen zu treten, ist Aufgabe und Pflicht eines jeden deutschen und bayerischen Wählers und Abgeordneten. Stehen wir dafür einig zusammen, fest und treu zu König und Land, fest und treu zu Kaiser und Reich!

München, am 29. Juli 1876.